

Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden:
Raben & Comp., Nr. 1283.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonton:
Gebr. Krensch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Mitte und Dresden-Alteadt

Abonnementspreis: 600 000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 260 000.— M.
Einzelnnummer 60 000.— M.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettnerplatz 10. Tel. 25 281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettnerplatz 10. Tel. 25 281.
Schließzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Ausgabenpreis: die Hefebest. Komparatizeile 100 000.— M., auswärts 120 000.— M., die Belegst. Reklamizeile 400 000.— M., auswärts 500 000.— M., Ausland 400 000 u. 1 200 000 M. Bei mehrmal. Aufgab. Ermäßig. Familienanzahl. Stellen u. Briefgesch. 40 Proz. Rab. Für Brieflieferg. 40 000 M.

Nr. 195

Dresden, Mittwoch den 22. August 1923

34. Jahrg.

Sachwertfassung und Markstützung

Die immer stärker werdenden Gefahren die unsrer Wirtschaft infolge des Verfalls unterer Währung drohen, haben endlich die bürgerlichen Parteien dazu bewogen, eine Anzahl seit Jahr und Tag erhobene Forderungen der Sozialdemokratie zu erfüllen. Durch die neuen Steuererlasse, die in der letzten Tagung des Reichstages geschaffen wurden, werden die Kapitalisten endlich der Geldentwertung entsprechend getroffen. Die immer ärger werdende Verschlechterung unserer Lebensverhältnisse wird durch den ungünstigen Stand der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz in der Nachkriegszeit. Aber das Uebel ist dadurch so unendlich verschlimmert worden, daß in Massen Devisen gehamtert und versteckt worden, daß ein großer Teil der Devisen, die der deutschen Volkswirtschaft zur Verfügung stehen, nicht auf den Markt kommt und dadurch das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln so ungünstig wurde. Durch die Steuern, die jetzt vorgelesen worden sind, sollen die Devisenbesitzer gesteuert werden, sich von ihren Schätzen zu trennen. Zugleich wird durch die neue Dollaranleihe des Reiches der Bedarf noch einer wertbeständigen Kapitalanlage gedeckt. Niemand kann mehr heute sagen, daß er Devisen kaufen muß, um sein Geld werbeständig anzulegen.

Wie weit diese finanzpolitischen Maßnahmen ausreichen werden, Devisen in der nötigen Menge zum Vorschein zu bringen, kann heute noch niemand mit Bestimmtheit sagen. Deshalb ist es notwendig, daß noch andere Maßnahmen ergriffen werden, um Devisen herbeizuschaffen. Unter diesen Gesichtspunkten hat die von der Sozialdemokratie erhobene Forderung nach Erfassung der Sachwerte eine ganz besondere Wichtigkeit und deswegen ist es notwendig, daß der neue Finanzminister, Genosse Hilferding, schleunigst die Erfassung der Sachwerte vorbereitet. Es kommt bei der Sachwertfassung vor allen Dingen darauf an, daß möglichst schnell gehandelt wird, daß zunächst dort zugegriffen wird, wo die Erfassung der Sachwerte am leichtesten und ohne besondere Schwierigkeiten möglich ist. Das ist vor allen Dingen der Fall bei denjenigen Unternehmungen, die Körperschaftsform haben, bei den Aktiengesellschaften und bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Diese Unternehmungen werden jetzt vom Reich durch die Körperschaftsteuer belastet und sie sind verpflichtet, einen Teil ihrer Erträge an das Reich abzuliefern. An die Stelle dieser hohen Steuer muß die Beteiligung des Reiches an den Unternehmungen treten. Ein Drittel des Aktien- oder Gesellschaftskapitals muß auf das Reich übergehen. Mit einem Schläge würde damit das Reich Miteigentümer der meisten großen Unternehmungen. Dabei müssen dem Reich alle Rechte zugestanden werden, die sonst die Aktionäre oder Anteilhaber haben. Das Reich müßte das Recht haben, sich entsprechend seinem Besitz an Aktien oder Geschäftsanteilen in den Generalversammlungen der Gesellschaften vertreten zu lassen. Damit würde das Reich einen großen Einfluß auf viele unserer großen Unternehmungen erhalten. Durch Zukauf von Aktien könnte es seinen Einfluß auf solche Unternehmungen, die für die Allgemeinheit besonders wichtig sind, noch erweitern. Auf diese Weise würden wir durch die Sachwertfassung einen wichtigen Schritt zur Sozialisierung unserer Wirtschaft machen können. Größere Unternehmungen, die bisher noch keine Körperschaftsform haben, müßten gezwungen werden, Körperschaftsform anzunehmen.

Außer den Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung ist für die Erfassung der Sachwerte besonders der landwirtschaftliche Grund und Boden geeignet. Die Landwirte haben vielfach ihre Goldhypothesen in Papiergeld abstoßen können. Es wäre mehr als recht und billig, wenn jetzt der landwirtschaftliche Grund und Boden von neuem belastet würde, aber nur zu Gunsten der Allgemeinheit. Auf alle landwirtschaftlichen Grundstücke wären Hypothesen zu Gunsten des Reiches einzutragen, die allen anderen Belastungen vorausgehen. Natürlich dürfen das keine Papiermarkhypothesen sein, sondern es müßten wertbeständige Schuldtitel geschaffen werden, die nach dem Roggenpreis zu verzinsen wären. Der künftige Wohnbaubestand müßte vorläufig bei der Sachwertfassung freigelassen werden, solange die Zwangswirtschaft fort dauert, weil hier jede Belastung durch das Reich auf die Mieter abgemälzt werden würde.

Wäre man auf diese Weise mit der Erfassung der Sachwerte vor, so käme das Reich in den Besitz von Werten, die es ihm voraussichtlich möglich macht, Devisen in großer Menge zu erlangen. Für falsch würden wir es halten, wenn etwa das Reich die Aktien und Geschäftsanteile, die ihm durch die Erfassung der Sachwerte zufließen, direkt an das Ausland veräußerte, um so Devisen zu erhalten. Damit würde man dem ausländischen Kapital einen großen Einfluß auf unser Wirtschaftslieben einräumen, und das muß verhindert werden. Aber es wäre möglich, daß das Reich die erhaltenen Werte einem besonderen Institut übergibt, das das Eigentum an den Werten erhält. Eine derartige Anstalt könnte nun, gestützt auf diesen Besitz, Schuldscheine ausgeben. Die Erträge, die diesem Institut aus den Aktien oder Anteilen zufließen, würden nach Abzug der Verwaltungskosten und den notwendigen Zurückstellungen für ein Reservefond den Inhabern der Schuldscheine zufließen.

Der Besitzer der von diesem Institut ausgegebenen Schuldzettel würde so einen Anteil an den Erträgen der deutschen

großen Unternehmungen haben. In der gleichen Weise könnte man die auf den landwirtschaftlichen Grundstücken eingetragenen Hypothesen einer für diese Zwecke geschaffenen Anstalt übergeben, die nach Schuldscheine mit wertbeständiger Verzinsung ausgeben könnte. Die auf diese Weise geschaffenen Papiere würden aller Voraussicht nach ohne weiteres im Ausland gern gekauft werden, weil sie durch deutschen Sachbesitz gesichert wären. Damit würde aber die Regierung ein Mittel in die Hand bekommen, sich einen großen Fonds ausländischer Zahlungsmittel zu beschaffen und sie wäre imstande, für längere Zeit die Mark zu stützen, große Devisenschwankungen zu verhüten.

Gelingt es aber längere Zeit, die Mark stabil zu halten, so wird ein großer Teil der jetzt versteckten Devisen zum Vorschein kommen. Selbstverständlich werden mit der Erfassung der Sachwerte noch lange nicht alle wirtschaftlichen Nöte Deutschlands beseitigt. Wollen wir den Krankheitszustand unsrer Währung und unsrer Wirtschaft auf die Dauer heilen, so sind noch andere Maßnahmen notwendig. Neuerdings wird zwar behauptet, daß unsre Handels- und Zahlungsbilanz nicht so ungünstig sei, wie das bisher angenommen wurde. Wie weit diese Behauptungen richtig sind, ist mit Sicherheit nicht festzustellen. Jedenfalls müssen wir aber damit rechnen, daß wir über kurz oder lang wieder große Reparationszahlungen auf uns nehmen müssen und daß uns dadurch größere Verpflichtungen gegenüber dem Ausland entstehen. Deshalb brauchen wir unter allen Umständen eine Wirtschaftspolitik, die darauf gerichtet ist, die Einfuhr entbehrlicher ausländischer Waren nach Deutschland nach Möglichkeit zu beschränken. Zunächst aber wäre mit der Erfassung der Sachwerte, wie sie hier vorgeschlagen ist, ein wichtiger Schritt getan. Die Aufgabe unsrer Vertreter in Regierung und Reichstag wird es sein, dafür zu sorgen, daß mit der Erfassung der Sachwerte recht bald Ernst gemacht wird.

Allerhöchste Zeit

Heute Bekanntgabe der Notverordnung — Der neue Marksturz vom S.-P.-Dienst wird uns gemeldet:

Am Dienstag fiel die Mark erneut um fast 50 Prozent ihres bisherigen Wertes. Als Anlaß dieses Sturzes wird die Veröffentlichung des letzten Ausweises über den Stand der deutschen Finanzen, die noch von der Regierung Cuno erfolgte, bezeichnet. Aus diesem Ausweis ergab sich, daß sich in den ersten zehn Augusttagen die deutsche schwebende Schuld um 59,4 Billionen vermehrt hatte. In diesen zehn Tagen wurden also mehr Schatzanweisungen produziert, als im Verlauf des vorausgegangenen Halbjahres, in dem die Höhe der Gesamtschulden sich auf 57,8 Billionen belief. Daß diese geradezu katastrophale Entwicklung nicht ohne Widerwärtigkeiten geblieben wäre, worauszuweisen Zweifellos wird die Entwertung der Mark in dem bisherigen Maße fortzuschreiten, wenn die Regierung nicht schnell mit der angeforderten Notverordnung über die Schaffung eines Devisenfonds vor die Öffentlichkeit tritt. Es ist bedauerlich, daß die Veröffentlichung in Anbetracht der katastrophalen Finanzlage und der sich dadurch fortgesetzt verschlechternden Ernährungsverhältnisse nicht, wie geplant, noch am Dienstag erfolgen konnte. Die Verzögerung wurde nicht durch Verhandlungen mit irgendwelchen Instanzen, sondern durch die technischen Vorbereitungen der geplanten Maßnahmen veranlaßt. Immerhin scheint, daß der Reichskanzler noch nachträglich beabsichtigt, die Vertreter der Wirtschaft vor der Veröffentlichung der Notverord-

nung zu hören. Das mag gut gemeint sein, aber wir sind der Auffassung, daß jetzt nicht mehr Zeit zum Verhandeln, sondern nur noch zum Handeln übrig bleibt.

Ueber

die Gründe des neuesten Marksturzes

schreibt das Berliner Tageblatt:

In Neuyork wurde der Schlusssatz für Auszahlung Berlin mit 0,000 018 festgesetzt, was einer Dollarparität von 7 892 907 M. entsprach. Der gestrige amtliche Dollarsatz in Berlin von 4,2 Millionen Mark ist also ganz beträchtlich überhöhen worden, und sogar der im Nachmittagsverkehr mit 5,5 bis 5,8 Millionen Mark genannte Kurs wurde von der Neuyorker Schlussnotierung wesentlich überholt. Ueber die Gründe der gestrigen Neuyorker Bewegung liegen authentische Meldungen nicht vor. Sie steht im Gegensatz zu der Entwicklung während der letzten Wochen, in denen die Neuyorker Kurse vorwiegend günstiger für die Mark gewesen sind als in Berlin. Nachdem die Reichsbank aber die amtlichen Berliner Kurse in den letzten Tagen wieder künstlich unter den Sägen des freien Verkehrs gehalten hatte, hat der Devisenbedarf andere Auswege gesucht, und ein solcher Ausweg bestand anscheinend auch diesmal wieder in Markverkäufen an den Auslandsmärkten, falls man nicht annehmen will, daß die gestrige eigenartige Kursbildung in Neuyork bei dem dort außerordentlich eng und irregulär gemordenen Markte ein Produkt des Zufalls gewesen ist. Markverkäufe ins Ausland sind allerdings seit einiger Zeit verboten, aber wie wir schon verschiedentlich hervorgehoben haben, verhindert das „Loch im Westen“ eine strikte Kontrolle über derartige Markverkäufe. In diesem Zusammenhang ist man der Ansicht, daß auch nach Erlass des Verbots der Markverkäufe ins Ausland über die im Rheinlande ansässigen ausländischen englischen und amerikanischen Banken solche Markverkäufe in erheblichem Umfang getätigt worden sind. Ueberhaupt liegt der Schwerpunkt der in der letzten Zeit wieder verstärkten Bewegung auf dem Devisenmarkt vielfach im besetzten Gebiete, und alle Kenner des Devisenmarktes stimmen darin überein, daß die stärkste Nachfrage nach Devisen in der letzten Zeit von Köln ausgegangen ist. Das Reichsamt wird diesen Vorgängen seine ernste Aufmerksamkeit zu widmen haben und trotz den großen Schwierigkeiten der Kontrolle den Versuch machen müssen, mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln das Loch im Westen zu verstopfen.

Die für Dienstag nachmittag 5 Uhr vorgesehene Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteiführern über die in Aussicht genommene Notverordnung wurde auf Grund der oben näher gekennzeichneten Umstände auf Mittwoch vormittag vertagt.

Nach Berliner Pressemeldungen soll die Notverordnung vorsehen:

1. die Bildung eines Devisenfonds zur Beschaffung von Lebensmitteln;
2. Beschränkungen der Einfuhr, soweit sie noch möglich sind;
3. Sicherungsmaßnahmen für die Lebensmittelversorgung besonders des Ruhrgebietes;
4. Ermächtigungen zu weiteren Maßnahmen für die Minister der wirtschaftlichen Reichsressorts.

Berlin, 22. August. (Eigener Bericht.) Die Reichsregierung plant außer der Notverordnung zur Beschaffung eines Devisenfonds weitere Notverordnungen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die erste Verordnung sieht einen direkten Eingriff in den Markt noch nicht vor. Sie verpflichtet die besitzenden Schichten zur Reichung der Goldanteile unter ganz bestimmt festgelegten Bedingungen. Auch die übrigen in Aussicht genommenen Verordnungen dürften nicht ohne Finanzparagrafen sein. Wie uns berichtet wird, sind die technischen Vorbereitungen der in Aussicht genommenen Maßnahmen so weit fortgeschritten, daß noch im Laufe des Mittwoch Abends, spätestens aber am Donnerstag die Veröffentlichung der Verordnungen erfolgen kann.

Die kommunistische Hege geht weiter!

Die Kommunisten setzen ihre Hege gegen die Regierung Zeigner in Krupploser Weise fort. Im Anschluß an die Meldung, daß vielfach die Unternehmer die Auszahlung der Wirtschaftskrisen ablehnen, bringt die kommunistische Presse die letzte Veröffentlichung des sächsischen Arbeitsministers über die Schwierigkeiten der sächsischen Industrie unter der Überschrift „Das Schanddokument“. Weil die sächsische Regierung in dieser Veröffentlichung auf Grund sorgfältiger Untersuchungen feststellen muß, daß außerordentlich katastrophal manchem Unternehmer die Mittel zur Auszahlung der Löhne und Gehälter fehlen, wird sie mit wüsten Beschimpfungen überhäuft. Die sächsische Regierung, so heißt es, gebe den Arbeitgebern Vollmacht, auf friedlichem Wege vereinbarte Löhne und Gehälter nicht auszusahlen. Darans, daß sie beim Reich Kredite für die Industrie fordert, werden ihr die lauzernten Vorwürfe gemacht. Die sächsische Regierung helfe den Unternehmern beim Arbeiterbetrug. Die Zeigner und Liebmann wollten heute die Arbeiterkraft an Streikemann verschachern, wie vorher Lipinski die Arbeiterkraft an Cuno ausliefern wollte. Die sächsische Regierung übe Hochverrat an ihrem eigenen Programm und am gesamten Proletariat. Schließlich heißt es dann:

Arbeiter! Zerlegt die Einheitsfront der sächsischen Regierung mit den Kapitalisten, duldet keine Stilllegung der Betriebe, verlangt Beschäftigung und Weiterführung dieser Betriebe durch den Staat. Verhindert alle Produktionsabgabe, führt mit den Betriebsräten die Kontrolle der

Betriebe auf Rohstoffe und Betriebsmittel durch. Besprecht in allen Betrieben die neue Schandtat der linken sozialdemokratischen Regierung.

Bereitet euch ernst vor, um an ihre Stelle eine Arbeiterregierung zu setzen.

Die Gewissenlosigkeit der kommunistischen Demagogie läßt sich kaum mehr überbieten. Die sächsische Regierung tut ihr Möglichstes, um zu verhindern, daß die Arbeiter in Massen auf die Straße gesetzt werden und dafür wird sie von den Kommunisten mit Beschimpfungen überhäuft. Wenn die Kommunisten so genau wissen, was eigentlich die sächsische Regierung in dieser schweren Zeit machen möchte, warum erklären sie sich nicht endlich bereit, in die Regierung einzutreten. Wir wären neugierig, was ein kommunistischer Arbeitsminister tun würde, wenn ihm nicht bloß die Interessen der Unternehmer, sondern auch von den Vertretern der Arbeiterkraft dargelassen wird, daß eine harte Vermehrung der Arbeitslosigkeit droht. Würde er nicht auch vor allen Dingen sein Möglichstes tun, um den Betrieben, die zu erliegen drohen, ein Weiterarbeiten zu ermöglichen? Wie sehr die kommunistische Presse sich nur von ihrem Schimpf- und Beschimpfungsleiten läßt, geht aus den Aussagen hervor, die sie der Arbeiterkraft empfiehlt. Würde die sächsische Arbeiterkraft wirklich den törichtesten Versuch machen, nach den kommunistischen Rezepten zu verfahren, so käme ganz bestimmt recht bald ein großer Teil der sächsischen Betriebe zum Stillstand. Die Arbeiter sollen, so heißt es, einfach keine Stilllegung der Betriebe dulden, und sie verlangen